des Fremdenverkehrs wird, ist eine wichtige badische Frage!" Den Umarmungsversuchen aus Württemberg hielt er schon im April 1947 entgegen: „So sympathisch uns die Stammesbrüder, die Schwaben, auch sein mögen, zum Fressen gern haben nur uns die Schwaben! Wir sind da etwas kühler veranlagt."

Die Berufung auf die besondere demokratische Tradition im alemannischen Südbaden hielt der KP-Vorsitzende Erwin Eckert in einem gescheiten Plädoyer allerdings für Geschichtsklitterung. Er warnte vor einer neuen Prädestinationslehre, derzufolge die Südbadener als besondere Spezies des weststaat erst seit Herbst 1953 endgültig heißen sollte) das Ziel der politischen Entwicklung im deutschen Südwesten.

Als Vizepräsident des Badischen Landtags erklärte Martzloff bei der letzten Sitzung im Freiburger Kaufhaus: „Wenn wir uns die Frage vorlegen, hat der Badische Landtag seine historische Aufgabe erfüllt und kann er vor der Geschichte bestehen, so glaube ich, diese Frage bejahen zu müssen." Wenn auch nicht alles gelungen sei, so appellierte er in gereimten Versen am Ende seiner Rede:

„Trotzdem wollen wir an das Gute im Menschen glauben

mer bei der Besatzungsmacht. Sie hatte mit der Bildung einer Beratenden Landesversammlung im November 1946 indes die Weichen gestellt für die demokratische Neuordnung des Landes, für eine Republik, „die von den großen demokratischen Grundsätzen durchdrungen ist", wie Pène bei der Eröffnungssitzung der Beratenden Landesversammlung 1946 den Abgeordneten ans Herz legte.

Weil Leo Wohleb, der erste Regierungschef des „Landes Baden", und der Landtagspräsident beruflich aus dem Schuldienst kamen, sprach man übrigens von der badischen (Studien-)Räterepublik.

ten eines wiederherzustellenden gesamtbadischen Staates.

Im ersten Hauptabschnitt der damaligen badischen Verfassung wurden die modernen Grundrechte verankert, im zweiten die Grundpflichten, wobei zum Beispiel (auf Intervention des Frauenrings) formuliert wurde: „Die der Familie gewidmete häusliche Arbeit der Frau wird der Berufsarbeit gleichgeachtet." In Artikel 28 wurden die öffentlichen Schulen als „Simultanschulen mit christlichem Charakter im überlieferten badischen Sinn" festgeschrieben. Der dritte Hauptabschnitt ordnete den Staatsaufbau im Sinne der Gewaltenteilung und gab (erstmals in einer

von Landtag und Landesregierung Freiburg am 17. Mai 1952, vor 40 Ja ren.

Den Abgeordneten, die an der feier chen Schlußsitzung des letzten Fr burger Landtags am 30. Mai 1952 te nahmen, versicherte der französisc Landeskommissär Pène: „In Erfüllu einer Aufgabe war der Badische Lan tag der Hüter der Verfassung, die si das badische Volk im Jahr 1947 geg ben hatte, als Treuhänderin der alt badischen Überlieferung, beseelt v dem Willen, seinen Staat im demokra schen Geist nach den Grundsätzen d christlichen Sittengesetzes und der s zialen Gerechtigkeit neu zu gestalten.

Stellt das Land Weichen vor einer Gesetzesverabschiedung?

BZ 11.5.92

Protest gegen Abschiebelager auf Vauban-Gelände

Eine Veranstaltung des Südbadischen Aktionsbündnisses gegen Abschiebungen zur Modell-Bezirksstelle für Asyl

Eigentlich hat sich die Besucherin „nur informieren wollen". Doch bevor sie den Ort der Veranstaltung betreten kann, senkt sich vor ihr der „Schlagbaum". In barschem Ton wird sie nach ihrem Begehren gefragt, erkennungsdienstlich behandelt, ein Formular in unentzifferbarer Schrift wird ihr in die Hand gedrückt.

Rollenspiel als Perspektivenwechsel: Hautnah sollen die Teilnehmer einer Veranstaltung des Südbadischen Aktionsbündnisses gegen Abschiebungen (Saga) zur geplanten „Modell-Bezirksstelle für Asyl" erfahren, wie aus einem Flüchtling ein bürokratischer Vorgang im Asylverfahren gemacht wird. Optisch unterstützt wird diese Erfahrung durch ein Video über die Massenabfertigung in der Zentralen Anlaufstelle (Zast) in Karlsruhe: Zustände, wie sie vom Saga demnächst auch in Freiburg erwartet werden, wenn auf dem Vauban-Gelände die geplante „Modell-Bezirksstelle für Asyl" (wir berichteten ausführlich darüber) eingerichtet werden soll.

Nicht nur sämtliche mit dem Asylverfahren befaßten Dienststellen (mit Ausnahme des Verwaltungsgerichts, das ohnehin schon mit einer Außenstelle in Freiburg vertreten ist) werden dort zwecks schnellerer und rationeller Verfahrensabwicklung vertreten sein. Angeschlossen ist auch ein Sammellager für etwa 500 Flüchtlinge, die bereits in Karlsruhe von der Verwaltung als „offensichtlich unbegründete Fälle" grob vorsortiert wurden.

Innerhalb von nur sechs Wochen soll nach dem Willen aller im Bundestag vertretenen Parteien auch rechtlich über ihren Asylantrag entschieden sein. Nach seiner voraussichtlichen Ablehnung bleibt den Flüchtlingen eine Woche Zeit bis zur Abschiebung in ihr Herkunftsland – weshalb Alexander Hauser vom Saga es vorzieht, von „reinen Abschiebelagern mit einem regelrechten Internierungscharakter" zu sprechen.

Wie aber darauf reagieren, nachdem in Baden-Württemberg schon stillschweigend alle Weichen gestellt wurden im Vorgriff auf ein Gesetz, das noch gar nicht im Bundestag verabschiedet ist? Die unmenschliche Situation der in den Lagern untergebrachten Menschen erleichtern, ihnen wenigstens zu einem Mindestmaß an Rechtsschutz verhelfen oder das Unmögliche versuchen, um das Lager doch noch zu verhindern?

„Asylarbeit war schon immer ein Hinterherhinken hinter den Realitäten", bringt einer seine Skepsis zum Ausdruck angesichts von politischen Mehrheiten quer durch alle Bundestagsfraktionen beim „Allparteienkompromiß zur Beschleunigung des Asylverfahrens". Äußerungen eines „Realos" offensichtlich, die von einigen „Fundis" freilich nicht hingenommen werden. Sie plädieren trotz allen Gegenwinds dafür, sich auf den Widerstandskurs einzuschiffen.

Mißtrauisch beäugen sie deshalb auch Versuche des Innenministeriums, mit dem Arbeitskreis Asyl oder Asylhelferkreisen ins Gespräch zu kommen. Nachdem die Wohlfahrtsverbände die Sozialbetreuung in den Lagern ablehnten, weil sie sich nicht als Alibi für den unmenschlichen Umgang mit Flüchtlingen mißbrauchen lassen wollen, seien die Behörden nun offensichtlich auf der Suche nach anderen „Feigenblättern".

Die Angesprochenen sollten, so wird ihnen empfohlen, die Zusammenarbeit mit den Behörden, auch aus Solidarität mit anderen Gruppen, verweigern. Denn offensichtlich werde hier versucht, über eine mehr oder weniger großzügige Passierscheinregelung die Asylhelfer zu spalten in politisch genehme und nicht genehme Gruppen.

Ohnehin sollte nach Auffassung des Freiburger Rechtsanwalts Konstantin Thun nicht danach gefragt werden, wie Helfer ins Lager hineinkommen, sondern wie die Flüchtlinge herausgeholt werden können, um ihnen ihr Los zu erleichtern. Wie sinnvoll allerdings mit ihnen gearbeitet werden kann angesichts der zu erwartenden großen Fluktuation und der allzu kurzen Aufenthaltsdauer im Lager, fragen sich nicht nur die Asylhelfer der Kirchengemeinden.

Das eine zu tun und das andere nicht zu lassen, empfiehlt Konstantin Thun, für den die Schlacht noch längst nicht verloren und eine breite Widerstandsbewegung immer noch sinnvoll ist. Politische Mehrheiten an der Spitze beispielsweise könnten unter dem Druck der Basis zum Bröckeln gebracht werden. Und schließlich könnte „bei so vielen Verfassungsverstößen", meint Thun, sogar „dem Bundespräsidenten die Hand stocken, wenn er seine Unterschrift unter das Gesetz setzen soll" – vor allem, wenn eine Flut von Protestschreiben auf seinem Schreibtisch landet.

Daß viele von ihnen einen südbadischen Absender tragen, ist zu erwarten: Mehr als 25 Gruppierungen, angefangen vom Arbeitskreis Asyl über Saga und GEW bis zur Linken Liste sprechen sich in einer Resolution gegen die geplanten Bezirkssammellager aus und kündigen an, sie „zu einer öffentlichen Sache" zu machen.

Anita Rüffer

ANZEIGE

NISSAN

ULRICH HEINE Vertragshändler
Krozingerstr. 4 Tel. 07633-5437
7801 Ehrenkirchen-Kirchhofen

Freiburg persönlich

Bei der Winterprüfung der Indu strie- und Handelskammer wurder folgende junge Fachkräfte aus Frei burg als berufsbeste Prüflinge mi einem Preis ausgezeichnet: **Rolanc Blasen**, Kommunikationselektroni ker bei der Deutschen Bundesbahn Bahnbetriebswerk, **Christoph Borr mann**, Kommunikationselektroni ker bei Telenorma, **Bettina Eck** unc **Doris Graf**, Hotelfachfrauen im Co lombi-Hotel, **Martin Huster**, Hotel fachmann im Colombi-Hotel, **Claus Heinrich Günther**, Kommunika tionselektroniker, vom Internatio nalen Bund für Sozialarbeit-Jugend sozialwerk im Berufsbildungszen trum ausgebildet, **Christian Federer** Feinmechaniker bei Rheintacho **Erwin Ehret**, Automobilmechanike bei Mercedes-Benz, und **Michael Ernst**, Bauzeichnerin im Hochbau amt der Stadt Freiburg. Sie erhiel ten aus der Hand von IHK-Vizeprä sident Frese und Geschäftsführe Siebert Buchpreise.